Vormittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.

3. Jahrg. 1936 | Berlin, Freitag, 28. August | Nr. 1114

Deutschlands Reiter gewinnen den Hindenburg-Pokal.

Aachen, 27. August. Das 12. Internationale Reittturnier in Aachen hatte am Donnerstag seinen sportlichen Höhepunkt. 25 000 Zuschauer, unter ihnen Reichsinnenminister Dr. Frick, wohnten dem Sieg der Reiter von 10 Nationen um den Hindenburg-Pokal bei. Die deutsche Mannschaft wiederholte mit Rittmeister Momm auf Baccarat, Hauptmann von Barnekow auf Olaf, dem Olympiasieger Rittmeister R. Hasse auf Tora und Rittmeister Brandt auf Ultimus ihren Sieg aus dem Vorjahre. Zugleich stellte Deutschland in Rittmeister Momm auch den Einzelsieger. Als einzigem der 40 gestarteten Reiter gelang es Momm, den Parcours zweimal fehlerlos zu beenden.

Reichsminister Dr. Frick beglückwünschte die Sieger und übergab dem Führer der siegreichen deutschen Mannschaft, Oberst Freiherr von Waldenfels, den Hindenburg-Pokal, der mit dem diesjährigen Siege endgültig an die deutschen Reiter fällt. Außerdem beglückwünschte der Minister Rittmeister Momm als Einzelsieger. Sämtliche Teilnehmer am Kampf um den Großen Preis der Nationen erhielten von Reichsminister Dr. Frick einen silbernen Becher.

Im Auftrage des Führers gab dann Dr. Frick bekannt, daß der Führer für das nächste Jahr einen neuen Pokal zum Großen Preis der Nationen gestiftet habe.

4. Tagung der Reichsarbeitskammer.

Berlin, 27. August. Im Mittelpunkt der 4. Tagung der Reichsarbeitskammer, die von Reichsleiter Dr. Ley geleitet wurde, stand das Problem des Arbeitseinsatzes. Zunächst sprach der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, **Dr. Syrup**, über „Die letzte Etappe in der Arbeitsschlacht". Er betonte, daß die Erfolge der Arbeitsschlacht, die sich in einem Rückgang der Arbeitslosen von 6 bis 7 Millionen auf 1,17 Millionen ausdrücken, nur möglich gewesen sei, weil der Nationalsozialismus die Kräfte des ganzen Volkes auf die Beseitigung der Geißel der Arbeitslosigkeit richtete.

Der Vortragende erläuterte dann im einzelnen die Maßnahmen, die mit Erfolg durchgeführt wurden. Die gegenwärtige Lage sei die, daß das Reservoir von Facharbeitern fast so gut wie erschöpft sei. Zum Grundsatz: „Erst jedem einen Arbeitsplatz, dann jedem seinen Arbeitsplatz" sei in vielen Berufsgruppen bereits jetzt Genüge getan. Es sei daher mit Nachdruck die Notwendigkeit zu betonen, der Facharbeiterausbildung und der Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses immer mehr Augenmerk zuzuwenden.

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, **Dr. Ing. Todt**, sprach über die Probleme, die sich bei der sozialpolitischen Betreuung der Arbeiter an den Straßen Adolf Hitlers ergäben. Zur dieser Betreuungsarbeit müsse es sein, jedem Vaterlandsverteidiger das Gefühl zu geben, etwa nur eine Nummer zu sein. Moralische, materielle und gesundheitliche Sorgfalt hätten ihr Teil dazu beigetragen, aus der aus allen Berufen zusammengeströmten Reichsautobahnarbeiterschaft eine feste Gemeinschaft zu machen. Als eine besonders wichtige Aufgabe bezeichnete Dr. Todt die Erziehung der Ingenieure im Bau- und Verwaltungsdienst zu wirklichen Menschenführern, die in den Baustellen arbeitern Arbeitskameraden sähen.

Als dritter Redner sprach der Beauftragte des Führers für Wirtschaftsfragen, **Keppler**, über Probleme der Rohstoffversorgung. Dabei gab er den führenden Männern der Deutschen Arbeitsfront und der Wirtschaft ein anschauliches Bild von den Anstrengungen des neuen Deutschland, um seine Rohstoffversorgung auf jeden Fall sicherzustellen.

Reichsleiter **Dr. Ley** faßte die Ergebnisse der Tagung zusammen und schloß sie mit einem Dank an den Führer.

Dr. Ley über das Wesen der sozialen Selbstverantwortung.

Berlin, 27. August. Nach der Tagung der Reichsarbeitskammer empfing Reichsorganisationsleiter Dr. Ley am Mittwoch die Vertreter der deutschen Presse, um zu ihnen über das Wesen der sozialen Selbstverantwortung zu sprechen.

Dr. Ley sprach ausführlich über den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront und die neue Sozialordnung in Deutschland. Wie alles Leben an eine Zelle gebunden sei, so gehe es in dem Sozialleben drei Arten von Zellen: die Familie, die Ortsgruppe und die Werkstatt. Oberster Grundsatz sei, den Zellen alles fernzuhalten, was ihr Eigenleben stören könne. Der gesamte Aufbau der Sozialordnung begründe sich auf dem Glaubensatz, daß der Betrieb eine Einheit sei, die nicht unnötig angetastet werden dürfe und daß der Betrieb auf seine Angelegenheiten in sich ordnen müsse.

Daraus folgere, daß die sozialen Fragen nicht kollektivistisch gelöst werden könnten. Sozialismus sei eine Angelegenheit mündiger kleinarbeit von Betrieb zu Betrieb. Wer den Betrieb nicht kenne, könne auch das Los der Menschen im Betrieb nicht bessern. Das von der Arbeitsfront errichtete wissenschaftliche Institut bearbeite alle Fragen der Rationalisierung, der Arbeitsarten, der Lehrlingsausbildung, der Berufserziehung usw. Dem Frauenamt, dem Jugendamt, dem Sozialamt, dem Amt für Feierabend und all den anderen Aemtern seien besondere Gebiete zugewiesen. Schatzamt und Verwaltung hätten sich glänzend bewährt.

Dr. Ley teilte mit, daß er auf dem Parteitage außerordentlich günstige Ergebnisse auf allen Gebieten vorlegen könne. Es seien Energien im deutschen Volk mobil gemacht worden, die früher kein Mensch für möglich gehalten habe. Die Quellen seien unversiegbar, einem Volke, dem diese aus sich so einfachen Grundsätze zur Selbstverständlichkeit geworden seien, nichts mehr unmöglich.

Wesen und Aufgaben der Arbeitskammern.

Berlin, 27. August. Im Anschluß an die Tagung der Reichsarbeitskammer sprach Hauptstellenleiter Webendörfer vom Amt Soziale Selbstverantwortung über Wesen und Aufgaben der Arbeitskammern.

Die Arbeitskammern hätten vorwiegend sozialpolitische Aufgaben und Probleme zu behandeln. Dabei dürfe aber auch die wirtschaftspolitische Lage nicht übersehen werden.

Für die Organe der sozialen Selbstverantwortung gelte es, die Form zu finden, die nicht nur die Möglichkeit biete, daß jeder einzeln schaffende Mensch sich dieser für ihn und für die Gestaltung seines Lebens so wichtigen Einrichtung bedienen könne, sondern daß sie auch die geeigneten Persönlichkeiten auffasse, die auf Grund ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen in der Beratung der einzelnen Fragen den richtigen Standpunkt einnehmen und vertreten könnten. Es seien deshalb drei Arten von Organen geschaffen worden, die nach verschiedenen Gesichtspunkten zusammengesetzt seien:

1. der Vertrauensrat,
2. der Arbeitsausschuß,
3. die Arbeitskammer.

Die Zusammensetzung und die Arbeit des Vertrauensrates könne als bekannt vorausgesetzt werden.

Der Arbeitsausschuß beschäftige sich mit den zwar stets überbetrieblichen, doch fachlich und regional stärksten spezialisierten Problemen.

Bei den Arbeitskammern unterscheide man die Reichsarbeitskammer und die 26 Arbeitskammern im Reich. Jede einzelne Arbeitskammer für ein in sich wirtschaftlich und politisch einheitliches Gebiet zuständig. Im Gegensatz zum Arbeitsausschuß würden in der Arbeitskammer Probleme beraten, die in einem größeren Gebiet auftraten. Sie brauchten nicht fachlich bedingt zu sein.

Die Reichsarbeitskammer behandele sozialpolitische Fragen von generieller Bedeutung. Die Vorarbeit zu den Tagungen der Arbeitskammern und der Reichsarbeitskammer leiste das Büro der betreffenden Kammer unter Hinzuziehung der dafür geeigneten Mitglieder. Die Arbeit der Arbeitskammern habe beratenden Charakter, wie dies in einem auf der Volksgemeinschaft aufgebauten Führerstaat ja auch gar nicht anders sein könne.

Die Reichsarbeitskammer stehe unter der Leitung des Leiters der Deutschen Arbeitsfront, Reichsleiters Dr. Ley. Das Büro der Reichsarbeitskammer sei als Abteilung im Amt Soziale Selbstverantwortung der Deutschen Arbeitsfront verankert. Mitglieder der Reichsarbeitskammer seien die Amtsleiter in der Reichsorganisationsleitung der Partei und im Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront, die Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaften, desgleichen die Gauwalter der DAF. Um den berechtigten Belangen der schaffenden Menschen aus den verschiedensten Sparten der Wirtschaft gerecht werden zu können und auch in der Lage zu sein, Anregungen und Wünsche aus allen diesen Sparten der Wirtschaft zu erhalten, gehörten je ein besonders geeigneter Betriebsführer und je ein durch besondere Fähigkeiten hervorragendes Gefolgschaftsmitglied aus dem Bereich einer jeden Reichsbetriebsgemeinschaft der Reichsarbeitskammer an.

Zu diesen traten noch Persönlichkeiten aus der Partei und dem Staat. Jede Gliederung der Partei und jeder ihr angeschlossener Verband entsende einen Vertreter, desgleichen der Reichsnährstand, die Wehrmacht, die Forstwirtschaft und der Verkehr. Dazu traten noch einige hervorragende Persönlichkeiten.

Dem personellen Aufbau der Reichsarbeitskammer entspreche die Zusammensetzung der 26 Arbeitskammern. Durch die Organe der sozialen Selbstverwaltung und durch die Arbeitskammern im besonderen solle dem an der vorderen Front im Wirtschaftsleben schaffenden Menschen ein Instrument in die Hand gegeben werden, seine Belange bis zu den höchsten Stellen der Staatsführung zur Geltung zu bringen. Durch das exakte Funktioniren der Arbeitskammern solle der schaffende Mensch Vertrauen zu ihnen bekommen und sich mit all seinen Anliegen, die für die Allgemeinheit von Bedeutung seien, gern an diese Institutionen wenden. Die Arbeitskammern sollten dazu beitragen, dem schaffenden Volksgenossen die ehrliche Ueberzeugung zu geben, daß der nationalsozialistische Staat ihn mitbeteiligt an der Gestaltung seines Lebens.

Steuersteckbriefe und Vermögensbeschlagnahmen.

Berlin, 27. August. Gegen die nachstehend aufgeführten Steuerpflichtigen sind Steuersteckbriefe erlassen worden:

1. Damenmäntel-Fabrikant Leo Matlatzki und dessen Ehefrau Bertha, geb. Cohn, zuletzt wohnhaft in Berlin W 8, Charlottenstr. 32a, für Zeit in Amsterdam, Jacob-Stadionweg Nr. 247, wegen Reichsfluchtsteuer im Betrage von 15 420.— RM.

2. Julius Bendix und dessen Ehefrau Lotte, geb. Bendix, zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Lietzenseufer 6, zur Zeit in London, wegen restlicher Reichsfluchtsteuer im Betrage von 9 787.— RM.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die obengenannten Steuerpflichtigen, falls sie im Inland betroffen werden, vorläufig festzunehmen und sie gemäß § 11 Abs. 2 der genannten Verordnung unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Dr. Strohm im faschistischen Parteihaus in Addis Abeba.

Addis Abeba, 27. August. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Addis Abeba, Dr. Strohm, stattete in Begleitung des Kreisleiters Dr. Bruns dem faschistischen Parteihaus in Addis Abeba einen Besuch ab. Zu seinem Empfang hatten sich die faschistischen Organisationen der abessinischen Hauptstadt vor dem Parteihaus versammelt. Nach einer Besichtigung des Parteihauses wurden zwischen Dr. Strohm und dem Bezirksfekretär Cortese sehr herzlich gehaltene Ansprachen gewechselt.

Abschluß eines polnisch-dänischen Handelsvertrages.

Warschau, 27. August. Die polnisch-dänischen Handelsvertragsverhandlungen sind durch den Abschluß eines Handelsvertrages zu Ende geführt worden.

Die Manöver der Roten Armee.

Moskau, 27. August. Die großen Herbstmanöver der Roten Armee werden dieses Jahr Anfang September in Weißrußland stattfinden. Der Standort des Hauptquartiers wird Smolensk sein. Jedoch auch in anderen Teilen der Sowjetunion werden gegenwärtig Uebungen und Manöver sämtlicher Truppenteile abgehalten, so vor kurzem große Luftmanöver in der Nähe von Leningrad in Verbindung mit Luftschutz- und Verdunkelungsübungen.

Die Moskauer Presse meldet am Donnerstag von den Herbstmanövern der Truppen des kaukasischen Militärbezirks sowie Luftmanövern und Luftschutzübungen im Umkreis der Hauptstadt Weißrußlands, Minsk.

Unbegrenzte Vollmacht für den Chef der GPU.

London, 28. August. Daily Expreß bringt unter größter Aufmachung eine Meldung ihres Berichterstatters aus Warschau, wonach der Chef der GPU nach einer Geheimkonferenz mit Stalin Vollmacht erhalten habe, nach eigenem Gutdünken jedermann zu verhaften, den er für einen Gegner Stalins halte. Es handele sich um die größte Säuberungsmaßnahme in der Geschichte der Sowjetrepublik.

Vier hohe Offiziere, die Generale Schmidt, Sapojnikow, Kuiesezow und Tulijn, seien verhaftet worden. Es bestehe der Verdacht, daß innerhalb der Roten Armee eine Verschwörung vorbereitet werde, um den Kriegsminister Woroschilow zu ermorden. Berichte seien im Kreml eingetroffen, daß in ganz Rußland in den Garnisonen Flugblätter verteilt würden, die zum Aufruhr aufforderten mit den Worten:

„Trotzki, Euer Führer, der die Armee geschaffen hat, ist verbannt, kämpft für ihn. Rache für Sinowjew und Kamenew."

Dänischer Politiker gegen die „roten Termiten".

Kopenhagen, 27. August. In der konservativen Berlingske Tidende nimmt der konservative Folketingabgeordnete Victor Pürschel in einem Artikel Stellung zu kritischen Aeußerungen über die deutsche Politik auf militärischem Gebiet, die das gleiche Blatt dieser Tage gebracht hatte.

Im Gegensatz dazu bekennt der Verfasser offen, daß er ein starkes deutsches Heer für eine der wesentlichsten Garantien gegen die Eroberung Europas durch den Kommunismus halte.

Sowjetrußland sei die große Unruhequelle. In diesem Zusammenhang zitiert der Verfasser den Fahneneid, den die russischen Rekruten schwören müssen, und weist darauf hin, daß er offen auf den Einsatz des russischen Heeres für die Weltrevolution hinzielte.

Es wäre eine törichte Blindheit, wenn man damit nicht als mit einer Realität rechnen wollte. In der ganzen Welt seien die „roten Termiten" damit beschäftigt, den Bau der bürgerlichen Gesellschaft zu untergraben, und man dürfe nicht etwa glauben, daß sie nicht auch in Dänemark arbeiteten. An dem Tag, da die „roten Termiten" ihre Arbeit getan hätten, fämen Unruhen wie in Frankreich, nach den Unruhen komme der blutige Aufruhr wie in Spanien, und an dem Tage, an dem Westeuropa von Bürgerkriegen überzogen sei, würden die acht bis zehn oder zwölf Millionen des russischen Heeres marschieren und die Tausende von Flugzeugen aufsteigen.

Der Artikel schließt mit der Mahnung, daß derjenige, der den Anbruch dieses Tages nicht zu erleben wünsche, rechtzeitig seinen Platz einnehmen müsse, der jedenfalls nicht in den Reihen der Volksfront zu suchen sei.

Die Vorbehalte Portugals zum Nichteinmischungspakt.

Lissabon, 28. August. Die portugiesische Regierung veröffentlichte am Donnerstag die Vorbehalte und Bedingungen Portugals zu dem geplanten Abkommen über Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten.

In der Erklärung heißt es: „Die portugiesische Regierung verurteilt die barbarische Art, wie die kommunistische und anarchistische Miliz in den von ihr besetzten Gebieten gegen die Zivilbevölkerung vorgeht. Portugal enthält sich einer unmittelbaren oder mittelbaren Einmischung in die inneren Verhältnisse Spaniens unter folgenden Vorbehalten:

„Garantie für die nationale Sicherheit und die Unversehrtheit des nationalen Gebietes, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie für die Freiheit der Staatsbürger, Anwendung einer eventuellen internationalen Vereinbarung für den Fall eines Kriegszustandes, Vermittlungsaktion bei den kämpfenden Parteien, Verteidigung der europäischen Zivilisation, falls in Spanien eine zerstörende Staatsform ans Ruder kommt, Aufrechterhaltung der Beziehungen mit den Zentral- und Lokalbehörden, die Regierungs- oder Verwaltungsrechte in Spanien ausüben, Anerkennung einer der kämpfenden Parteien oder einer neuen Regierung und Aenderung der diplomatischen und konsularischen Vertretung.

„Die portugiesische Regierung verbietet unmittelbare oder mittelbare Ausfuhr, Wiederausfuhr oder Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien, den spanischen Besitzungen und der spanischen Zone in Marokko.

„Die Regierung ist der Ansicht, daß die Werbung von Freiwilligen für die kämpfenden Parteien, sowie öffentliche Sammlungen oder die Ueberweisung von öffentlich gesammelten Beträgen zur Fortführung und Unterstützung des Kampfes gegen den Geist der Abmachungen verstößt. Wenn eine der Regierungen, die das Abkommen unterzeichnen, sich an die vorerwähnten Bedingungen nicht hält, betrachtet sich die portugiesische Regierung an die Abmachungen als nicht gebunden.

„Die portugiesische Regierung macht die Unterzeichnermächte darauf aufmerksam, daß das Waffenlieferungsverbot mit aller Strenge durchgeführt werden muß. Jede Regierung, die Nachrichten über einen Bruch dieses Verbotes sowohl von der Madrider Regierung als auch der Nationalregierung in Burgos erhält, ist verpflichtet, diese Tatsache den interessierten Regierungen mitzuteilen. Falls die vorgeschlagene Ueberwachung sich als unmöglich herausstellt, erwartet die portugiesische Regierung, daß die französische Regierung neue Vorschläge für eine strengere Ueberwachung macht.

„Weiter erwartet die portugiesische Regierung eine gemeinsame Aktion, um eine Verletzung des Abkommens über den Gebrauch von Giftgasen seitens der beiden kämpfenden Parteien zu verhindern. Den Kriegsschiffen der kämpfenden Gruppen sollen keine anderen Rechte eingeräumt werden, als sie Kriegsschiffen in Friedenszeiten zustehen.

„Die portugiesische Regierung wird den Unterzeichnermächten die von ihr getroffenen Maßnahmen mitteilen und wird den Nichteinmischungspakt als in Kraft getreten betrachten, wenn Deutschland, Italien, Frankreich, Großbritannien und Sowjetrußland ihm beigetreten sind bezw. sich verpflichtet haben, den Pakt anzuwenden."

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.